



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 9. Dezember 2016
(OR. en)

14960/16
ADD 1

PV/CONS 63
COMPET 618
RECH 333
ESPACE 65
MI 752
IND 255

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3503. Tagung des Rates der Europäischen Union
(Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und
Raumfahrt)), vom 28. und 29. November 2016 in Brüssel**

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 14659/16 PTS A 93)

1. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 3

B-PUNKTE (Dok. 14509/16 OJ CONS 61 COMPET 593 RECH 318 ESPACE 57 MI 725 IND 244)

BINNENMARKT UND INDUSTRIE

4. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG [erste Lesung] 6

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

8. Sonstiges 7
b) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge
f) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

RAUMFAHRT

9. Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Eine Weltraumstrategie für Europa" 8

FORSCHUNG

11. Bericht der Kommission über die Umsetzung der Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation 8

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE

1. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017

= Billigung des gemeinsamen Entwurfs

14635/16 FIN 804

+ ADD 1 bis ADD 5

Nach der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen/Haushalt) vom
16./17.11.2016

Der Rat billigte den gemeinsamen Entwurf zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 gemäß der Anlage des Dokuments 14635/16 sowie ADD 1 bis ADD 5.

Gemeinsame Erklärung zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen

"Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erinnern daran, dass die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit auch weiterhin eine gemeinsame politische Aufgabe von hoher Priorität ist, und bekräftigen mit Blick darauf ihre Entschlossenheit, die verfügbaren Haushaltsmittel hierfür bestmöglich einzusetzen, insbesondere im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen.

Sie erinnern daran, dass Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 wie folgt lautet: "*Bleiben Spielräume innerhalb der Obergrenzen für Mittel für Verpflichtungen des MFR für die Jahre 2014 bis 2017 verfügbar, so bilden sie einen Gesamtspielraum für Mittel für Verpflichtungen des MFR über die Obergrenzen hinaus, die im MFR für die Jahre 2016 bis 2020 für Politikziele im Zusammenhang mit Wachstum und Beschäftigung – insbesondere Jugendbeschäftigung – festgelegt sind.*"

Der Rat und das Europäische Parlament ersuchen die Kommission, 2017 einen Berichtigungshaushaltsplan vorzulegen, der vorsieht, dass im Jahr 2017 aus dem Gesamtspielraum für Mittel für Verpflichtungen 500 Mio. EUR² für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen bereitgestellt werden, sobald die technische Anpassung nach Artikel 6 der MFR-Verordnung vorgenommen worden ist.

Der Rat und das Parlament versichern, dass sie den von der Kommission vorgelegten Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans für 2017 rasch prüfen werden."

² Dieser Betrag ist Teil der zusätzlichen Mittel für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, die im Rahmen der Halbzeitüberprüfung/-revision des MFR insgesamt bis 2020 vorgesehen wurden.

Gemeinsame Erklärung zu Mitteln für Zahlungen

"Das Europäische Parlament und der Rat erinnern daran, dass im Laufe der Ausführung des Haushaltsplans eine geordnete Entwicklung der Zahlungen im Verhältnis zu den Mitteln für Verpflichtungen gewährleistet werden muss, um eine anormale Höhe an unbezahlten Rechnungen zu Jahresende zu vermeiden.

Das Europäische Parlament und der Rat fordern die Kommission auf, die Durchführung der Programme 2014-2020 weiterhin aufmerksam und aktiv zu überwachen. Deshalb ersuchen sie die Kommission, rasch aktuelle Zahlen zum Stand der Durchführung sowie Voranschläge für die 2017 benötigten Mittel für Zahlungen vorzulegen.

Wenn ein ordnungsgemäß begründeter Bedarf besteht, werden der Rat und das Europäische Parlament zu gegebener Zeit die notwendigen Beschlüsse fassen, um die übermäßige Anhäufung unbezahlter Rechnungen zu vermeiden und um sicherzustellen, dass Zahlungsanträge ordnungsgemäß beglichen werden."

Gemeinsame Erklärung zur Verringerung des Personalbestands um 5 %

"Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erinnern an die Vereinbarung, den Personalbestand gegenüber dem Stand des Stellenplans zum 1. Januar 2013 bei allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen schrittweise um 5 % abzubauen, wie unter Nummer 27 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung festgelegt.

Die drei Organe weisen darauf hin, dass 2017 das Jahr ist, das für die uneingeschränkte Erreichung der Verringerung des Personalbestands um 5 % festgelegt wurde. Sie vereinbaren, dass geeignete Folgemaßnahmen ergriffen werden, um Bilanz zu ziehen und sicherzustellen, dass alles unternommen wird, um weitere Verzögerungen bei der Erreichung des Ziels einer Verringerung des Personalbestands um 5 % bei allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen zu vermeiden.

Sie begrüßen die Übersicht mit konsolidierten Daten für alle von den Organen und Einrichtungen beschäftigten externen Bediensteten, die die Kommission in Einklang mit Artikel 38 Absatz 3 Buchstabe b der Haushaltsordnung mit dem Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat. Sie ersuchen die Kommission, diese Informationen auch künftig ihren Haushaltsplanentwürfen für die kommenden Jahre beizufügen.

Der Rat und das Parlament unterstreichen, dass die Erreichung des Ziels der Verringerung des Personalbestands um 5 % zu Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben der Organe und Einrichtungen beitragen sollte. Dementsprechend ersuchen sie die Kommission, mit einer Bewertung der Ergebnisse des Vorhabens zu beginnen, damit Lehren für die Zukunft gezogen werden können."

Gemeinsame Erklärung zum Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung

"Um die Ursachen der Migration zu bekämpfen, hat die Kommission den Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) aufgelegt, der auf der Einrichtung einer EFSD-Garantie und eines EFSD-Garantiefonds beruht. Die Kommission schlägt vor, für den EFSD-Garantiefonds im Zeitraum 2017-2020 insgesamt 750 Mio. EUR bereitzustellen, und zwar 400 Mio. EUR für die vier Jahre aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), 100 Mio. EUR für 2017-2020 (davon 25 Mio. EUR für 2017) aus dem ENI und 250 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen (und Zahlungen) für 2017.

Der Rat und das Europäische Parlament ersuchen die Kommission, die erforderlichen Mittelzuweisungen 2017 in einem Berichtigungshaushaltsplan zu beantragen, damit der EFSD aus dem EU-Haushalt finanziert werden kann, sobald die Rechtsgrundlage verabschiedet ist.

Der Rat und das Parlament versichern, dass sie den von der Kommission vorgelegten Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans für 2017 rasch prüfen werden."

Gemeinsame Erklärung zum EU-Treuhandfonds und zur Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei

"Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission sind sich darin einig, dass die Einrichtung des Treuhandfonds und der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei transparent und eindeutig und im Einklang mit dem Grundsatz der Einheit des Haushaltsplans der Union, den Vorrechten der Haushaltsbehörde und den Zielen der geltenden Rechtsgrundlagen erfolgen sollte.

Sie versichern, dass sie sich mit diesen Fragen im Rahmen der Überprüfung der Haushaltsordnung befassen werden, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Rechenschaftspflicht herzustellen.

Die Kommission sichert zu,

- die Haushaltsbehörde regelmäßig über laufende und geplante Finanzierungen aus dem Treuhandfonds (einschließlich der Beiträge der Mitgliedstaaten) und Zahlungsverfahren zu unterrichten;
- ab 2017 dem Haushaltsplanentwurf für das kommende Haushaltsjahr ein Arbeitsdokument beizufügen;
- Maßnahmen für eine angemessene Einbeziehung des Europäischen Parlaments vorzuschlagen."

Gemeinsame Erklärung zur Landwirtschaft

"Der Haushaltsplan 2017 enthält eine Reihe von Sofortmaßnahmen zur Unterstützung von Landwirten bei der Bewältigung der kürzlich aufgetretenen Absatzschwierigkeiten. Die Kommission bestätigt, dass der Spielraum in der Rubrik 2 ausreicht, um einen etwaigen unvorhergesehenen Bedarf zu decken. Sie versichert, dass sie die Marktlage regelmäßig prüfen und bei Bedarf geeignete Maßnahmen vorschlagen wird, um einem etwaigen Bedarf, der mit den bewilligten Haushaltsmitteln nicht gedeckt werden kann, zu entsprechen. Für diesen Fall versichern das Europäische Parlament und der Rat, dass sie die betreffenden Haushaltsvorschläge rasch prüfen werden."

BINNENMARKT UND INDUSTRIE

4. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0152 (COD)

= Allgemeine Ausrichtung

14662/16 MI 738 TELECOM 244 DIGIT 136 CONSOM 287 IND 249
COMPET 604 ENT 213 POSTES 19 JUSTCIV 304 PI 138
CODEC 1697

14663/16 MI 739 TELECOM 245 DIGIT 137 CONSOM 288 IND 250
COMPET 605 ENT 214 POSTES 20 JUSTCIV 305 PI 139
CODEC 1698

9611/16 MI 396 TELECOM 104 DIGIT 60 CONSOM 130 IND 116
COMPET 339 ENT 102 POSTES 3 JUSTCIV 155 PI 64
CODEC 772 IA 31

Der Rat verständigte sich mit qualifizierter Mehrheit auf eine allgemeine Ausrichtung, die als Grundlage für die Aufnahme der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament dient.

Österreich und Luxemburg haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben.

Erklärung Österreichs und Luxemburgs

"Wir können diesem Text nicht zustimmen, da er für die Verbraucher nur einen geringen Mehrwert bietet und für Unternehmen, insbesondere für KMU, zusätzliche Schwierigkeiten schafft.

Dadurch, dass de facto eine generelle Verkaufsverpflichtung auferlegt wird, ohne Verbesserungen und Klarstellungen bezüglich der Bestimmung des anwendbaren Rechts und des zuständigen Gerichts vorzusehen, entstehen durch diesen Text zusätzliche Risiken für Unternehmen, aber keine spürbaren Vorteile für den Verbraucher. Der Zugang zu Produkten und Dienstleistungen wird für die Verbraucher nicht wesentlich verbessert und bleibt wahrscheinlich auf das eigene Staatsgebiet beschränkt. KMU laufen Gefahr, sich mit 28 verschiedenen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gerichten auseinandersetzen zu müssen.

Da wir nachdrücklich das Ziel unterstützen, einen voll funktionsfähigen Binnenmarkt – einschließlich eines digitalen Binnenmarkts – zu verwirklichen und ungerechtfertigtem Geoblocking ein Ende zu setzen, hoffen wir, dass diese Probleme im Laufe der weiteren Beratungen zum Nutzen der Verbraucher und der KMU gelöst werden."

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

8. Sonstiges

b) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

- i) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0014 (COD)

14569/16 ENT 209 MI 731 CODEC 1687

- ii) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0148 (COD)

14604/16 CONSOM 286 MI 736 COMPET 602 TELECOM 243

JUSTCIV 303 DIGIT 135 IND 248 CODEC 1693

+ COR 1

= Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes und die Bemerkungen der Kommission zur Kenntnis.

f) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

- i) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0280 (COD)

- ii) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0284 (COD)

- iii) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den grenzüberschreitenden Austausch von Kopien bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem zugänglichen Format zwischen der Union und Drittländern zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0279 (COD)

- iv) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte zulässige Formen der Nutzung urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen und zur Änderung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0278 (COD)

- = Informationen der Kommission
14447/16 PI 134 CODEC 1660 RECH 317 EDUC 380 COMPET 589
AUDIO 123 CULT 113 DIGIT 131 TELECOM 234

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

RAUMFAHRT

9. Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Eine Weltraumstrategie für Europa"

- = Vorstellung durch die Kommission
= Orientierungsaussprache
(*Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates*)
14212/16 ESPACE 54 RECH 308 COMPET 567 IND 234 EU-GNSS 33
TRANS 414 TELECOM 223 MI 691 EMPL 466 CSDP/PSDC 641
CFSP/PESC 912
+ COR 1
13758/16 ESPACE 52 RECH 298 COMPET 544 IND 222 EU-GNSS 32
TRANS 404 TELECOM 206 MI 665 EMPL 442
CSDP/PSDC 613 CFSP/PESC 867

Der Rat nahm die Ausführungen der Kommission zur Kenntnis und führte eine Orientierungsaussprache auf der Grundlage des Dokuments 14212/16 + COR 1.

FORSCHUNG

11. Bericht der Kommission über die Umsetzung der Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation

- = Gedankenaustausch
(*Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates*)
13298/16 RECH 289 COMPET 532 RELEX 906 DEVGEN 234
13288/16 RECH 287 COMPET 530 RELEX 838 DEVGEN 221

Der Rat führte einen Gedankenaustausch auf der Grundlage des Dokuments 13298/16.